



Rechtsausschuss

45. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

11. Dezember 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:50 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung verständigt sich der Ausschuss darauf, dem Justizministerium auf dessen Bitte hin die Gelegenheit zu geben, zu Tagesordnungspunkt 6 ergänzend in nichtöffentlicher Sitzung zu berichten.

1 Gesetz zur Reform des Hinterlegungsgesetzes

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7548
Vorlage 17/2710

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

¹ nichtöffentlicher Teil mit der Fortsetzung der TOP's 6 und 7 siehe nöAPr 17/199

- 2 Siebtes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** **9**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7549
Ausschussprotokoll 17/809
- Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Innenausschuss, den Gesetzentwurf anzunehmen.
- 3 Berichterstattung über ein internes LKA-Dokument in Sachen Amad A.** **11**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2740
- 4 Wie viele Haftbefehle und rechtskräftige Urteile mit Haftstrafen sind in Nordrhein-Westfalen nicht vollstreckt?** **14**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2726
- 5 Suizidprävention im Strafvollzug** **15**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2727
- Einer Bitte des Justizministeriums folgend erklärt sich **Stefan Engstfeld (GRÜNE)** damit einverstanden, dass seine Fragen schriftlich beantwortet werden.
- 6 Lehren aus dem Ausbruch aus der JVA Bochum** **16**
(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2784

Nach Absprache „Vor Eintritt in die Tagesordnung“ wird dem Justizministerium auf dessen Wunsch hin Gelegenheit gegeben, in nichtöffentlicher Sitzung ergänzend Bericht zu erstatten.

7 Ausstattung der Justizvollzugsanstalten mit Personalnotrufgeräten **17**
(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2785

Der Ausschuss kommt überein, die Fragen zum baulichen Zustand bei der JVA Bochum in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln.

8 Übermittlung von Telefonverbindungsdaten an den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss II zu dem mutmaßlichen Hacker-Angriff auf Staatsministerin a.D. Schulze Föcking (PUA II) **20**
(Bericht auf Wunsch der Landesregierung [s. Anlage 3])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2798

9 Aktueller Sachstand der Ermittlungen in den Fällen sexuellen Missbrauchs von Kindern in Bergisch Gladbach und Wesel **24**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2786

10 Personalausstattung der Staatsanwaltschaft Kleve **27**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2787

– keine Wortbeiträge

- 11 Ermittlungsverfahren gegen Clans bzw. Clanmitglieder** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **28**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2788
- 12 Schwerpunktstaatsanwaltschaften** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **30**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2789
- keine Wortbeiträge
- 13 Staatsanwalt vor Ort** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **31**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2790
- keine Wortbeiträge
- 14 Bearbeitungszeiten von Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des sexuellen Missbrauchs von Kindern** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **32**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2791
- keine Wortbeiträge
- 15 Räumung eines Hafthauses der JVA Castrop Rauxel** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **33**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2792

- 16 Probleme bei grenzüberschreitender Abfrage von EU-Fahrerlaubnisdaten** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **35**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2793
- 17 Patengericht Düsseldorf** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **36**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2794
– keine Wortbeiträge
- 18 „Ich schäme mich für diesen Staat“** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **37**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2016
Vorlage 17/2795
– keine Wortbeiträge
- 19 Verschiedenes** **38**
Der Ausschuss kommt überein, die Sitzung vom 17.06.2020 auf den 10.06.2020 zu verlegen.

2 Siebtes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7549
Ausschussprotokoll 17/809

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss am 09.10.2019. Der federführende Ausschuss hat zu dem Gesetzentwurf am 12.11.2019 eine Anhörung durchgeführt. In der heutigen Sitzung soll der Ausschuss abschließend über den Gesetzentwurf beraten und ein Votum an den Innenausschuss abgeben.)

Angelika Erwin (CDU) führt aus, der Gesetzentwurf sehe als eine wichtige Änderung des Polizeigesetzes die Entfristung der Regelung über die Bodycams vor. Dies liege im Interesse der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die im Einsatz für das Gemeinwohl nicht selten Leben und Gesundheit riskieren müssten.

Wichtig sei ferner, dass im Hinblick auf die Fixierung im Polizeigewahrsam eine rechts-sichere Regelung geschaffen werde.

Die Abgeordnete beschränkt ihre Ausführungen auf die beispielhafte Nennung dieser beiden Gesetzesänderungen und erklärt, die Koalitionsfraktionen würden dem Gesetzentwurf zustimmen.

Hartmut Ganzke (SPD) merkt an, über den Inhalt des Gesetzentwurfes werde sicherlich vor allem im Innenausschuss zu beraten sein. Er wolle allerdings an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Landesregierung wiederholt betont habe, dass sie die Kritik sehr ernst nehme, die von Verbänden und Institutionen an Gesetzgebungsvorhaben geübt werde. Vor diesem Hintergrund habe die SPD-Fraktion erwartet, dass sich die Landesregierung dazu äußere, inwieweit sie die Kritik aufgenommen habe, die in der Anhörung geäußert worden sei. Möglicherweise werde dies in der Sitzung des Innenausschusses geschehen.

Der Abgeordnete hält fest, in der Anhörung seien einzelne Passagen des Gesetzentwurfs nachdrücklich kritisiert worden. Daher werde die SPD-Fraktion dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Christian Mangen (FDP) betont, die FDP-Fraktion begrüße den Gesetzentwurf und werde ihm insbesondere vor dem Hintergrund der Verbesserungen gern zustimmen, die durch den Änderungsantrag erreicht worden seien.

Thomas Röckemann (AfD) erklärt, seine Fraktion sehe in dem Gesetzentwurf gute Ansätze, die der Polizei helfen könnten, glaube allerdings nicht, dass die Regelungen

in der Praxis die Wirkungen entfalten würden, die die Koalitionsfraktionen diesen zugegredacht hätten. So gebe es bereits Äußerungen in der Richtung, dass der Einsatz von Bodycams für die Polizistinnen und Polizisten nachteilig sein könne, wenn diese in dieser Hinsicht nicht richtig ausgebildet worden seien. Die AfD-Fraktion werde dem Gesetzentwurf dennoch zustimmen.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Innenausschuss, den Gesetzentwurf anzunehmen.